

DER TREND ZUM FLACHBAU

Mehr als drei Viertel aller Österreicher, haben Untersuchungen ergeben, möchten am liebsten in einem Einfamilienhaus wohnen. Dieses überwältigende Votum für eine bestimmte Wohnform hat nicht nur Ursachen, die im Bereiche der bekannten Vorzüge des Wohnens im – womöglich eigenen – Häuschen mit Garten zu suchen sind, sondern auch sehr wesentliche Gründe ideologischer, psychologischer und soziologischer Natur. Um es vorwegzunehmen: Die Wohnung im Einzelhaus verschafft dem darin Hausenden das Selbstgefühl von Freiheit. Dieses steht aber nicht selten im Widerspruch zur Realität, weil es mit vermehrter finanzieller Abhängigkeit erkauft ist. Zudem spiegelt solches Wohnen oft trügerischen Individualismus vor; dann nämlich, wenn die monotone Struktur einer Siedlungskolonie gleichsam wie eine parodistische Verzerrung des Wunsches nach Individualität anmutet.

Der Trend zum Einzelhaus – sei es ein Eigenheim oder das zumeist auf genossenschaftlicher Basis errichtete Siedlungshaus nach dem Prinzip des „verdichteten Flachbaues“ – ist unübersehbar und wird in manchen österreichischen Bundesländern durch gezielte Förderung sicher noch verstärkt werden. In Oberösterreich, wo alle drei Landtagsparteien solche neuartigen Förderungsmaßnahmen (auf die wir im einzelnen noch zurückkommen werden) in seltener Eintracht abgesprochen haben, kann man sich auf eine eigene Befragung berufen. Dort hat man herausfinden wollen, für welche Wohnform sich die Oberösterreicher entscheiden würden, falls ihnen ein größerer Spielgewinn weitgehende wirtschaftliche Handlungsfreiheit schüfe. Die etwas zugespitzte Form der Fragestellung hat auch zu einem besonders guten Ergebnis für das Wohnen im Eigenheim geführt: Mehr als 80 Prozent der Oberösterreicher würden sich nämlich in so einem Fall ein eigenes Häuschen errichten.

Landesrat Ernst Neuhauser betont dazu im Gespräch mit *Wohnbau*, der Eigenheimgedanke ist in Oberösterreich so ausgeprägt, wie nirgends sonst in Österreich. Er begründet das damit, daß sein Land eine starke bäuerliche Tradition habe – was freilich auch für andere österreichische Bundesländer, wie Salzburg oder Niederösterreich, zutrifft; und auch viele Flüchtlinge, die Oberösterreich nach dem ersten Weltkrieg aufgenommen hat, welche sich nahezu alle Eigenheime, zum größten Teil in Selbstarbeit, geschaffen haben. Auch in der Zeit des Nationalsozialismus (auf dessen Wohnbauideologie wir notwendigerweise noch ein-

gehen werden müssen) wurde der Einzelhausbau in Oberösterreich gezielt gefördert.

Die Wohnbauförderung als siedlungspolitisches Instrument

Wenn auch die Gründe, die Neuhauser anführt, nicht unbedingt spezifisch oberösterreichischen Motiven entspringen, so dürfte doch seine Behauptung kaum zu widerlegen sein, mehr als vier Fünftel aller Oberöreicher bevorzugen unter bestimmten ökonomischen Voraussetzungen das Eigenheim. Ausdruck dafür ist auch die Einheilligkeit, mit der sich die Parteien für eine neue Tendenz in der Wohnbauförderung ausgesprochen haben. Sie sieht unter anderem vor, künftig nur noch Wohnbauten mit maximal sechs Geschossen (in den drei Statutarstädten bis acht Geschosse) zu fördern, womit man die Entstehung neuer Wohnhochhäuser verhindern will und wahrscheinlich auch verhindern wird. Wenn vor allem in Linz in den Nachkriegsjahren zahlreiche Wohnhochhäuser entstanden sind, so begründet dies Neuhauser damit, daß einerseits sehr rasch sehr viel Wohnraum geschaffen werden mußte und andererseits der Schlackenbeton aus Rückständen der Voest einen sehr günstigen Baustoff darstellte. In anderen Gemeinden war in den letzten Jahren eine Großmannssucht zu beobachten, wie anderswo in Österreich auch: Das Wohnhochhaus als Denkmal des Bürgermeisters. Das soll in Oberösterreich nun anders werden. In der Steiermark sind übrigens ähnliche Maßnahmen schon vorbereitet.

Damit wird nun sicher — wie schon oben angeführt — der Trend zum Einfamilienhaus noch verstärkt werden. Neuhauser verkennt nicht, daß damit auch Probleme entstehen und schon entstanden sind. So wie die Hochhäuser die Stadtbilder verschandeln und zumeist wie riesige Kisten ohne jegliche architektonische Gliederung aus dem alten städtischen Gefüge herausragen, so entsteht durch die Ausbreitung der Einzelhäuser die Gefahr der Zersiedelung der Landschaft, welche damit in weiten Teilen zerstört werden könnte, beziehungsweise



Den Wohnwünschen der Bevölkerung entsprechen. Landesrat Ernst Neuhauser mit Sekretär Kühnel und den Wohnbau-Mitarbeitern Harald Sterk, Reinhold Henke, Robert Koch und Robert Sterk.



Absage an Hochhäuser und den üblichen Siedlungsbau. In Oberösterreich wird die Wohnbauförderung nun siedlungspolitisch eingesetzt.



schon zerstört worden ist. Der Wohnbau-Landesrat sieht jedoch im neuen Raumordnungskonzept ein wirksames Instrument, um dem Landschaftsfraß entgegenzuwirken und hofft auf das überregionale Zusammenwirken der Gemeinden.

Dazu kommt noch eine günstigere Förderung gemeinnütziger Bauträger für Atrium- und Reihenhäuser sowie für Siedlungen nach dem Prinzip des verdichteten Flachbaus. Mit der Wohnbauförderung soll also gegensteuert werden. Notwendiges und Erwünschtes wird derart nicht über das Gesetz — etwa durch rigorose Bauvorschriften — erzwungen, sondern auf dem Weg über die jeweils gewährten finanziellen Mittel.

Damit ist ein höchst bemerkenswertes Phänomen angesprochen: Eine neue Form der Wohnbauförderung trägt den Wohnwünschen der überwiegenden Mehrheit Rechnung und soll gleichzeitig profitdämpfend wirken (Neuhaus). Wer in nächster Zukunft ein Grundstück durch den Bau eines Wohnhochhauses ausschöpfen möchte, wird dazu kaum mehr die Möglichkeiten und Mittel finden. Bereits geplante Hochhäuser werden umgeplant werden müssen; — das betrifft etwa auch das 1969 preisgekrönte „wohnen morgen“-Projekt von Elfriede Sturm für Linz, welches nunmehr bereits das zehnjährige Umplanungs-Jubiläum erlebt.

Das bessere Wohnen ist Ausdruck einer veränderten Gesellschaftsordnung

Wird also derart in gut demokratischer Form eine allgemein erwünschte Richtung durch neue Förderungsmaßnahmen in einer Weise unterstützt, zu der man bedingungslos ja sagen kann? — Es ist hier angebracht, sich ein Abschweifen ins Historische zu gestatten, um nicht voreilig in Euphorie zu verfallen: Im 19. Jahrhundert führten die kapitalistischen Arbeits- und Produktionsweisen zu einem raschen Anwachsen der Städte, in denen vor allem die arbeitende Bevölkerung in trostlosen, häßlichen und dabei teuren Quartieren hausen mußte. Der Wohnhausbau war Sache

der Spekulanten. Sie erwarben Grundstücke, führten Zinskasernen auf und vermieteten die Wohnungen. Die Wohnungsnot war dennoch enorm; Zimmer-Küche-Wohnungen wurden, wie wir wissen, in den großen Industriestädten oft von zehn bis zwölf Menschen bewohnt.

Diese unerträgliche Situation wurde zum Ausgangspunkt nicht nur für Entwürfe eines neuen, besseren Wohnens, sondern auch für eine neue Gesellschaftsordnung. Die bedeutendsten Köpfe unter den Neuerern erkannten rasch, daß erträglichere Wohn- und Umweltbedingungen nur erreicht werden können, wenn man auch das System aufsprengt. Eine der wichtigsten Ideen des ausgehenden 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet des Wohnbaus war die der Gartenstadtbewegung, die von England ausging. 1897 veröffentlichte der Parlamentsstenograph Ebenezer Howard sein Buch „Gartenstädte in Sicht“. Howard ging dabei — angesichts der ungesunden Wohnverhältnisse in den Großstädten nicht verwunderlich — von der Vorstellung des gesunden Landlebens aus und strebte einen Kompromiß zwischen Stadt und Land an, indem er die Vorteile des Stadt- und Landlebens zu vereinigen versuchte. Sein entscheidendes Prinzip bedeutete, daß die kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft durch eine kooperative Gesellschaft auf genossenschaftlicher Basis abgelöst werden müsse. Die räumliche Gliederung seines Gartenstadtmodells sah folgendermaßen aus:

Ein Zentrum mit öffentlichen Gebäuden sollte von einem Wohnring mit Doppelhäusern, die schon damals einer englischen Tradition entsprachen, umgeben werden. Um den Wohnring herum war eine Geschäfts- und Handelszone vorgesehen, die Produktionsstätten sollten an der Peripherie liegen. Ein landwirtschaftlich genutzter Gürtel umgibt die Gartenstadt Howards. Wie man leicht erkennt, ein Gebilde, das von sehr strengen Strukturvorstellungen beherrscht ist, und gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht, die erst geschaffen hätten werden müssen. Der Gedanke wurde rasch aufgegriffen. Allerdings übernahmen die Erbauer

der neuen Gartenstädte, die sich auch auf dem Festland durchsetzten, von Ebenezer Howard im Grunde meist nur das Konzept der aufgelockerten Wohnform, aber nicht die ökonomischen, gesellschaftlichen und städtebaulichen Zielsetzungen. Statt Gartenstädten entstanden so Vorortensiedlungen.

Die Vorstellungen Howards von einer Verschmelzung der Vorzüge des Stadt- und Landlebens haben sich jedenfalls weiter gehalten und in der Zeit des Individualverkehrs noch verstärkt. Das Auto ermöglicht — zumindest in der Theorie — auch längere Wege zwischen Arbeits- und Wohnstätte zurückzulegen. Verkehrsverstopfungen und die damit verbundenen Ärgernisse nimmt man vielfach in Kauf, um auf dem Lande oder zumindest knapp außerhalb der Stadt leben zu können. In den USA und in Kanada, wo Bodenreichtum, erreichter Lebensstandard und technologische Leistungsfähigkeit günstige Voraussetzungen bieten, leben rund 80 Prozent der städtischen Bevölkerung in Einfamilienhäusern, die sehr häufig in bandartigen, weit in das Land hinausreichenden Siedlungen aufgereiht sind. An den Nebenfahrbahnen von Autobahnen befinden sich die Märkte, Geschäfte, Verwaltungseinrichtungen und Betriebe, dahinter die eigentlichen Wohnsiedlungen. Allerdings sind die Siedlungen untereinander sozial stark voneinander abgehoben, von Durchmischung kann kaum die Rede sein.

Im eigenen Garten wurzelt die Verbundenheit mit der Heimat

Auch in Europa hat der Gartenstadtgedanke Anhänger in den verschiedensten Zeiten, in den verschiedensten Ländern und in den verschiedensten Lagern gefunden. Die Villenkolonien für Großbürger, welche die Jugendstilarchitekten um die Jahrhundertwende errichteten, sind ebenso davon herzuleiten, wie die Siedlungen der Zwischenkriegszeit in der Weimarer Republik und in Österreich. Das Wohnen im Einzelhaus mit Garten (und sei er noch so klein) galt und gilt seinen Anhängern als gesünder und individueller denn das Wohnen in der

Mietskaserne oder im genossenschaftlichen Wohnblock, und ist für viele nach wie vor ein Zeichen von Bodenverbundenheit inmitten einer Industriegesellschaft der Entwurzelung und Entfremdung.

Der Nationalsozialismus hat diese Entwicklung unter anderen Vorzeichen und aus ganz bestimmten Absichten stark gefördert. Der Boden — sprich: die Scholle — galt als „Lebensquelle des Volkes“. Die Großstadt wurde von führenden Architekturtheoretikern und Ideologen des Dritten Reiches als Degenerationserscheinung denunziert, die Vergnügungssucht der Großstadtbewohner und ihre mangelnde Seßhaftigkeit verurteilt. Auch die Kinderarmut von Großstadtfamilien war ein häufig gebrauchtes Argument gegen das Wohnen in den Mietskasernen — ein gewichtiges in einem Staat, der Soldaten brauchte und junge Mütter, die wieder Soldaten gebären sollten. Dazu kam noch, daß man sich von Menschen, die durch ihr Häuschen eine besondere Heimatverbundenheit haben sollten, besonderen Einsatz erhoffte. Nicht zuletzt schon im Hinblick auf die kriegerischen Auseinandersetzungen, auf die sich der Hitler-Staat vorbereitete. Andererseits spielte auch der Gedanke mit, eine Industriearbeiterschaft würde in ländlichen Siedlungen zufriedener sein — und wer setzt schon — auch wenn er unzufrieden ist — gern sein Häuschen aufs Spiel? Selbst wenn es so ärmlich ist, wie die nach 1933 im Deutschen Reich errichteten Siedlungshäuser ohne Wasser und Elektrizität; ein eindeutiger Qualitätsabfall im Vergleich zu den sozialen Wohnbauten der Weimarer Republik. Österreich — beziehungsweise die Ostmark — bekam nach dem Anschluß das Siedlungsprogramm der deutschen Städteplaner zu spüren.

Das Häuschen im Grünen sollte mit seinem Satteldach selbstverständlich ein Idyll vortäuschen, ländlichen Frieden und intakte Heimat suggerieren. Die entsprechenden Haustypen wurden aus Haustypen der Vergangenheit entwickelt; Formen und Technologien, die im Pionierzeitalter der Moderne entwickelt worden waren, wurden unterdrückt — beziehungs-

weise in den Industriebau abgedrängt, der auch im faschistischen Staat von funktionalistischen Überlegungen beherrscht war. Die Pervertierung einer Idee war perfekt. Was ursprünglich erdacht, um die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Lebensumstände der Menschen zu verbessern, wurde im Nazistaat, der sich ja weiter des Kapitalismus bediente, zur Unterdrückung und Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse eingesetzt.

Argumente gibt es viele, dafür nur wenige gute Projekte

Wozu nun diese ausführlichen Abschweifungen? Weil sie uns deutlich machen können, daß Eigenheim und Einzelhaus, Wohnen am Rande der Stadt in Einfamilienhäusern, nicht bloß als Wohnformen zu betrachten sind. Sie entspringen einem ideologischen Denken, sind auf gesellschaftliche Gegebenheiten zurückzuführen und können auch Mittel politischer Manipulation sein. Der gegenwärtige Trend zum Einfamilienhaus in seinen verschiedenen Formen ist einerseits Reaktion auf Auswüchse im Wohnbau, andererseits Zeichen für verstärkte Stadtflucht und drittens — trotz geknickter Wachstumskurve — Ausdruck relativen Wohlstandes. Selbst wer sein Einfamilienhaus im Pfusch errichtet, verwendet Formen und Materialien, die geeignet sind, die von einschlägigen Illustrierten und der Werbung verbreiteten Wohnleitbilder zumindest annähernd zu imitieren. So wie der bürgerliche Villenbau des 19. Jahrhunderts eine verkleinerte Imitation des Adelspalastes oder der Burg war, so ist das Einzelhaus der Gegenwart in seinen vielen Abwandlungen häufig ein Abklatsch eines durch Reklame, Film oder Illustriertenlektüre ausgelösten Sehnsuchtstraumes. Herkömmliche Formen mit Satteldächern — auch als Fertigteilhäuser im Handel — oder mit Anklängen an das Tiroler Haus, das in dieser pervertierten Ausprägung längst nicht mehr auf Tirol allein beschränkt ist, signalisieren neokonservative Tendenzen oder zumindest Nostalgie.

Diese Vielfalt — die hier nur gestreift werden konnte — entspricht dem

herrschenden Pluralismus und seinen vielgestaltigen Einflüssen. Beispiele für gleichermaßen funktionell, wirtschaftlich und ästhetisch zufriedenstellende Typen von Siedlungen sind rar, obwohl sie bitter notwendig sind, um die Entwicklung in den Griff zu bekommen. *Wohnbau* stellt in diesem Heft einige österreichische Projekte vor, die klarmachen: die Architektenträume der Sechzigerjahre sind ausgeträumt. Die utopischen Visionen vom „mobilen Wohnen“ in Zellen, die in vielgeschossigen Aufhängevorrichtungen angebracht werden können (siehe *Wohnbau* 2/77), muten vielen heute wie Alpträume an, die glücklicherweise nie Realität geworden sind. Man hat schon an den Hochhäusern genug, an den Kraftakten in Beton.

Es ist hier nicht der Platz, um auf die Argumentationen für und wider das Wohnhochhaus einzugehen. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß viele Argumentationen sowohl der Hochhausgegner als auch der Befürworter (häufig Bauherren und Architekten, die Wohnhochhäuser errichten) der seriösen Grundlagen entbehren. Es gibt nur wenige wirklich stichhaltige Untersuchungen, dafür wird vielfach mit Greuelpropaganda und emotionalen Behauptungen gearbeitet. Wenn auch vieles gegen das Wohnhochhaus spricht, so sollte man nicht übersehen: Die Problematik ist viel differenzierter, als sie heute von den oft leidenschaftlichen Diskussionsgegnern dargestellt wird, die ihre wirtschaftlichen Hinterabsichten selbstverständlich vertuschen.

Das Eigenheim ist Fluchtbürg, Prestigeobjekt, Wertanlage und erfüllter Wunschtraum

Neue Wege der Wohnbauförderung, wie sie jetzt in Oberösterreich und in der Steiermark besritten werden, tragen einem Trend Rechnung. Auch die Stadt Wien fördert neuerdings Siedlungshäuser — wie etwa in der Carabelligasse in Groß-Jedlersdorf —, wenn auch noch in vergleichsweise bescheidenem Umfang. Es darf in diesem Zusammenhang aber wohl die Vermutung ausgesprochen werden, daß darin auch restaurative Tenden-

zen, wie man sie heute überall beobachten kann, zum Ausdruck kommen. Man schafft sich idyllische Inseln inmitten einer unheilen Welt; beziehungsweise einer Welt, die von vielen als unheil empfunden wird. Ob schon es sich — was die erreichten Standards betrifft — um eine Welt handelt, in der es um vieles besser zugeht, als vor wenigen Jahrzehnten. Aber man spürt Bedrohung und sucht nach Geborgenheit, die man im eigenen Haus zu finden glaubt (und vielleicht wirklich findet).

Man darf, wenn man das Phänomen möglichst umfassend zeigen will, solche Aspekte nicht unterschlagen, auch wenn der Hinweis unpopulär sein mag. Das Eigenheim ist Fluchtburg und Prestigeobjekt, Wertanlage und erfüllter Wunschtraum. Man wird zwar häufig zum Pendler, verzichtet auf die Annehmlichkeiten der Stadt und bürdet seinen Kindern lange Schulwege auf. Aber man hat festen Boden unter den Füßen — womöglich sogar eigenen — etwas Grün vor dem Fenster, erspart sich den aufreibenden Sonntagsausflug aufs Land und kann sich — wenn man will — seine Karotten und Paradeiser selbst anpflanzen.

Ohne den Politikern, die neue Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnbauförderung setzen und für einschlägige Gesetze sorgen, etwas unterstellen zu wollen: Es ist schließlich doch auch die Frage aufzuwerfen, wie sehr bei ihren Überlegungen gewisse Umschichtungen auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle spielen. Wenn das Angebot an Eigentums- oder Genossenschaftswohnungen in mehrstöckigen Häusern bereits zu groß ist, dafür aber die Nachfrage nach Eigenheimen und Siedlungshäusern steigt, scheint es naheliegend, die Förderung in diese Richtung umzulegen — woraus dann selbstverständlich eine Trendverstärkung zu erwarten ist. So wird unter Umständen die Rückführung des Wohnbaues auf ein „menschliches Maß“ — wie man das gerne ausdrückt — auf Überschaubarkeit und Homogenität erreicht, gleichzeitig aber das System gefestigt; was hier nicht als Vorwurf, sondern als Feststellung verstanden werden soll.

Wobei auf keinen Fall übersehen werden darf, daß etwa mit der neuen

Wohnbauförderung in Oberösterreich ein — hoffentlich recht wirkungsvolles — Instrument gegen die Verhüttelung und Zersiedelung geschaffen werden soll und auch einige Begleitbestimmungen vorgesehen sind, die sich sehr positiv auswirken könnten. Außerdem wird erhöhtes Augenmerk auf die Qualität gelegt — nicht zuletzt im Hinblick auf Wärme- und Schallschutz und die Bauausführung: „Puchenau 1 wäre heute in Oberösterreich nicht mehr möglich“, bemerkt dazu Neuhäuser im Gespräch mit *Wohnbau*.

Die Architektur folgt dem Ruf nach Bescheidenheit

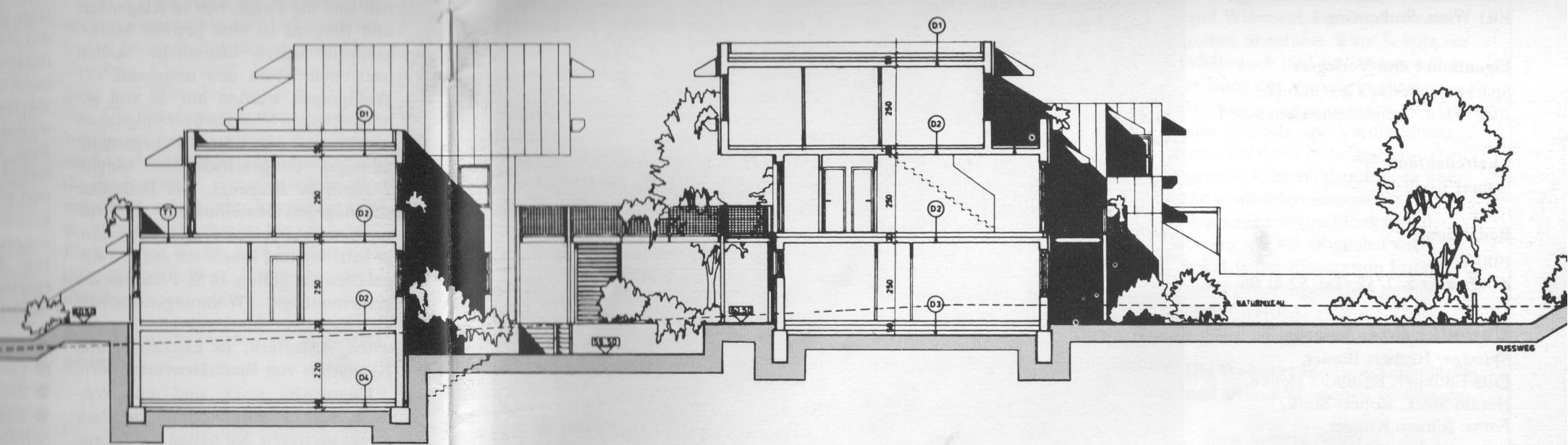
Wohnhochhäuser sind kein Patentrezept gegen die Zersiedelung, wie man lange geglaubt hat. Das ist heute evident. Weil sich bei Wohnbauten der gesetzlich geforderte Mindestabstand jeweils nach ihrer Höhe richtet, lassen sich auf einem Hektar Grundfläche in Hochhäusern nicht mehr Menschen unterbringen, als auf derselben Fläche in vergleichsweise niedrigeren Häusern. Gegen das Prinzip eines Verlustes der Urbanität wäre immerhin das Beispiel von Millionenstädten wie London oder Peking ins Treffen zu führen, die ausgesprochen „niedrige“ Städte sind (trotz neuerer Entwicklungen in London). Ein neuer Ruf nach Bescheidenheit — auch und vor allem in den Dimensionen — ist unüberhörbar. Auch er paßt zum Trend in Richtung verdichteter Flachbau.

Architektur ist dem Zeitgeist verhaftet, der sich heute mehr denn je aus vielen Strömungen zusammenbraut. Le Corbusiers Wohnmaschine, in der das Haus als autarke Stadt aufgefaßt wurde — was notwendig zu einer Verkümmern der Stadt führen mußte, weil ihr das Haus verschiedene Funktionen abnahm — ist nicht mehr „in“. Was nicht heißt, daß sie nicht noch von Architekten vertreten wird, die in solchen Dimensionen planen und bauen, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen geboten bekommen. Von denkmalschützerischen Ambitionen inspirierte Altstadterhaltung und der Trend zu einer Vorortarchitektur am Rande von Groß-, Mittel-

und Kleinstädten nach dem Prinzip des verdichteten Flachbaues sind in einem Zusammenhang zu sehen. Dazu paßt auch die Propagierung konventioneller Baumaterialien, die weltweite Polemik gegen den Betonbau und die von progressiven Architekten geforderte Mitarbeit: Nicht nur in Form der partizipativen Planung, sondern auch durch Selbstarbeit beim Siedlungsbau. Der Architekt entwirft die übergeordnete Siedlungsstruktur, variable Haustypen und bietet dem zukünftigen Bewohner an, beispielsweise den Innenausbau selbst vorzunehmen. Gewiß nicht zur Freude der Bauwirtschaft, weshalb solche Projekte häufig im Entwurfsstadium steckenbleiben. Aber schon der Umstand, daß es sie gibt, ist symptomatisch für die Trendwende, für die Abkehr von der großen Scheibe und für die Rückkehr zum „kleinen Haus“.

Symposien und Bücher, die sich mit dem „Neuen Wohnen im ländlichen Raum“ befassen, sind ebenso untrügliche Zeichen für Auffassungsänderungen, wie die neuen Förderungsbestimmungen, von denen mehrfach die Rede war. Man spricht von Fehlentwicklungen, verdammt den Funktionalismus und versucht eine neue Entwicklung zu steuern. Die VÖEST errichtet für das erwähnte Siedlungsprogramm der Gemeinde Wien ebenerdige Siedlungshäuser und erschließt sich damit einen neuen Markt — ein Projekt, das auch unter dem Aspekt der Stahlkrise zu sehen ist.

Solche Umwälzungen wären in den Sechziger Jahren, als man in Zukunftsvisionen bis dahin ungeahnten Ausmaßes schwelgte, nicht vorauszusehen gewesen. Insofern ist auch der Wohnbau Ausdruck dafür, wie sehr sich manches in der Welt verändert hat. Daß daneben schon Geplantes noch begonnen und schon Begonnenes noch weitergeführt wird, ist in einem Wirtschaftszweig wie der Bauwirtschaft, in dem langfristig investiert und projektiert werden muß, selbstverständlich. Dennoch werden jetzt offensichtlich die Weichen für eine neue Entwicklung gestellt. Was sie im einzelnen bringen wird, welche neuen Probleme sie aufwerfen wird, ist wieder einmal nur bedingt abzusehen. ●



DER TREND ZUM FLACHBAU

